

„Montoneros“, kurz nachdem Aramburu seine Bereitschaft zum politischen Comeback angekündigt hatte. Ob die neue Militärregierung mit dem 50jährigen General *Roberto Levingston* an der Spitze der schweren innenpolitischen Krisen Herr wird, ist noch nicht abzusehen. Levingston, zuletzt Militärattaché der argentinischen Botschaft in Washington und Vertreter seines Landes beim Interamerikanischen Verteidigungsausschuß, war früher Geheimdienstchef des Heeres. In seinen beiden ersten Grundsatzreden bot er keine Alternative zu Onganía. Er betonte die Vollmachten des Staatspräsidenten (das Mitspracherecht der Junta beschränke sich auf die Legislative), erneuerte das Versprechen der Rückkehr zur repräsentativen Demokratie, ohne es zu konkretisieren, und bezeugte seinen Willen, die Entwicklungspolitik auf wirt-

schaftlichem und sozialem Gebiet voranzutreiben. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts weist auf das Streben nach Integration der mächtigsten politischen Kräfte im Land hin. So wurde die Besetzung des Sozialministeriums mit dem radikalen Antiperonisten *Francisco Manrique* mit der Berufung des Neoperonisten *Juan Luco* zum Arbeitsminister ausgeglichen. Das Wirtschaftsministerium übernahm der liberale Professor *Carlos Moyano Llerena*. Der Chef des Ministeriums für Öffentliche Arbeiten und Dienste dagegen, *Aldo Ferrer*, vertritt die nationalistische Linie. Ob diese Summierung von Polaritäten im Kabinetts zur inneren Befriedung des Landes beitragen oder, wie bei allen nachperonistischen Regierungen geschehen, das Scheitern auch dieser Regierung beschleunigen wird, läßt sich im Augenblick nur vermuten.

## Problembereiche zum Zeitgeschehen

### *Strategien für die Zweite Entwicklungs-Dekade*

Im Jahre 1961 hatte die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Erste Entwicklungsdekade ins Leben gerufen. Ihr Ziel war, den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen in den Entwicklungsländern Gültigkeit zu verleihen und dort zu Wohlfahrt, Stabilität und einem der menschlichen Würde entsprechenden Mindestlebensstandard beizutragen. Das Ergebnis dieser Anstrengungen ist nicht befriedigend. Die jährliche Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts für Entwicklungsländer, einschließlich der Rohstofflieferanten, wies von 1960—1967 im Vergleich zu den fünfziger Jahren keine Steigerung auf. Die durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts betrug zwar weiterhin etwa 5% pro Jahr, der hohe Bevölkerungszuwachs beschränkte die Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens jedoch auf 2,5% pro Jahr. Die Entwicklungsländer zeichnen sich durch eine zunehmende politische und soziale Instabilität aus. Das Ausmaß schwerwiegender sozialer Störungen, wie etwa der zunehmenden Arbeitslosigkeit und der überbordenden Verstädterung sind erst im Laufe der ersten Dekade in ihrer ganzen alarmierenden Bedeutung offenkundig geworden. In einem der wichtigsten Gebiete der Entwicklungsförderung, der Industrialisierung, sind die Fortschritte nicht ermutigend. Diese Enttäuschungen haben bei fast allen Beteiligten zu einer erheblichen Verschlechterung des Klimas für die Entwicklungshilfe in den letzten Jahren geführt.

Die Erkenntnis über die Unzulänglichkeit der bisherigen Bemühungen und die wachsende Besorgnis über die Zukunft der internationalen Zusammenarbeit haben bewirkt, daß aus der Organisation der Vereinten Nationen heraus einer Reihe von Kommissionen der Auftrag gegeben wurde, eine Strategie für die Zweite Entwicklungsdekade zu erarbeiten. Eine im Auftrag der Weltbank einberufene Kommission unter Leitung des früheren kanadischen Premierministers *L. B. Pearson* erarbeitete eine zusammenfassende Studie, die unter dem Titel „Partners in Development“ (deutsch: *Der Pearson-Bericht*, Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik, Wien, München 1969) vorliegt. Sie wird ergänzt durch den *Provisional Indicative World Plan for Agricultural Development* der FAO, dem vom Wirtschafts- und Sozialrat der

Vereinten Nationen in Auftrag gegebenen *Tinbergen-Bericht* „Towards Accelerated Development“ und der vom Generalsekretär der UN in Auftrag gegebenen Studie „*A Study of the Capacity of the United Nations Development System*“, die unter Leitung von *Sir Robert Jackson* die Arbeitsweise des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen überprüfen sollte. Diese internationalen Studien werden durch die nationale Peterson-Studie der Vereinigten Staaten ergänzt, denen als wesentliches Gebilde der Entwicklungshilfe eine ausschlaggebende Bedeutung zukommt.

Die Studien haben naturgemäß ein weltweites Echo gefunden, Zustimmung aber auch viel Kritik. Die Beratung der zuständigen Gremien der Vereinten Nationen steht zur Stunde noch aus. Die Richtung der zu erwartenden Kritik zeichnete sich aber in zwei Konferenzen der Kirchen ab, nämlich der Expertenkonferenz des Weltrates der Kirchen vom 26. bis 31. Januar 1970 in Montreux „Entwicklungsstrategie der Kirchen“ und in einem kleineren Expertenkolloquium des Komitees für Gesellschaft, Entwicklung und Frieden des Weltrates der Kirchen und der päpstlichen Kommission Gerechtigkeit und Frieden (SO-DEPAX) vom 2. bis 4. Juli in Cartigny bei Genf. Von der ersten dieser Konferenzen liegt ein inoffizielles Protokoll vor (Evangelischer Pressedienst, Dokumentation 6/70 vom 5. Februar 1970). Das Protokoll der zweiten Tagung wird demnächst erscheinen, der Berichtersteller nahm an den Beratungen jedoch selbst teil.

#### *Der Pearson-Bericht*

Das Ergebnis der in einem imponierenden Teamwork von Politikern, Wissenschaftlern, Administratoren und Experten erarbeiteten Studien ist außerordentlich wichtig, weil sie den heutigen Erkenntnis- und Diskussionsstand um alle Fragen der Entwicklungshilfe in einer beinahe erschöpfenden Weise darstellen. Sie bieten eine *umfassende Analyse der Weltsituation* unter dem Gesichtspunkt der Teilung der Welt in arme und reiche Länder. Wenn das Ergebnis der analytischen Bestandsaufnahme trotzdem nicht befriedigt und sie vielleicht mehr Fragen offenläßt als beantwortet, so liegt das daran, daß „eine allgemeine

Entwicklungstheorie, falls sie überhaupt erstellt werden kann, Daten, Methoden und die Fähigkeit einer Zusammenschau erfordert, Fähigkeiten, die weder existieren noch in den nächsten Dekaden vorhanden sein werden“ (E. K. Hamilton, Exekutivsekretär der Pearson-Kommission in seinem Referat in Montreux). Und wenn die ausgesprochenen Empfehlungen vielen noch weniger genügen, so liegt dies ganz zweifellos am derzeitig herrschenden politischen Klima der Welt, wo dem Entwicklungsproblem immer noch nicht der Rang eingeräumt wurde, der ihm gebührt. Die wichtigste der Studien ist ohne Zweifel der *Pearson-Bericht*. Er ist in vieler Hinsicht ein realistisches, „pragmatisches“ Dokument. Seine Verfasser hatten bei der Abfassung vor allem eine wichtige Adressatengruppe im Visier: die Regierungen und Parlamente der großen westlichen Geberländer. Sie galt es zu *überzeugen*, nicht zu erschrecken. Aus diesem Grunde, wohl auch entsprechend der Mentalität der Verfasser, sind selbst alarmierende Tatbestände als „understatement“ formuliert. Die Empfehlungen sind derart, daß wenigstens Aussicht besteht, die Regierungen möchten sie beraten. In *keiner Weise* wird versucht, das derzeitige System der Entwicklungshilfe und der Beziehungen der an ihr beteiligten Länder untereinander grundsätzlich in Frage zu stellen. Man schlägt Verbesserungen vor, keinen Strukturwandel. Das beste Beispiel für diese Taktik ist das fünfte Kapitel über *private Auslandsinvestitionen*. Hier wird keineswegs versucht, die vielfältige Kritik aus den Entwicklungsländern und „progressiver“ Kreise aus den Industrieländern, die die privaten Auslandsinvestitionen grundsätzlich als Mittel der Entwicklungshilfe ablehnen, aufzunehmen oder auf sie einzugehen. Der Bericht stellt vielmehr fest (S. 150), daß gar kein Zweifel über den Beitrag bestehen könne, den das Privatkapital zur wirtschaftlichen Entwicklung leiste und daß es sogar wirkungsvoller sein könne als die offizielle (öffentliche) Auslandshilfe. Der Bericht setzt sich nur mit denjenigen auseinander, die als „einflußreiche Stimmen“ der industrialisierten Länder meinten, daß Privatinvestitionen die offiziellen Hilfeleistungen ersetzen könnten und sollten. An dieser Auffassung werden *Korrekturen* angebracht. Es wird darauf hingewiesen, daß die Entwicklungsländer nur einen begrenzten Zugang zum privaten Kapitalmarkt der Welt hätten, daß der bisherige Fluß des privaten Kapitals vorwiegend in Ländern mit Mineralvorkommen und hohen Einkommen gegangen sei, daß viele Aufgaben, vor allem der Ausbau der Infrastruktur, durch private Auslandsinvestitionen nicht bewältigt werden könnten und schließlich auch, daß es eine ganze Reihe von politischen Vorbehalten gegen allzuviel Privatinvestitionen in den Entwicklungsländern geben müsse. Der Bericht bringt also eine ganze Reihe der wesentlichsten Einwände gegen private Auslandsinvestitionen in den Entwicklungsländern, aber er orientiert sich an den tatsächlichen Machtverhältnissen und versucht nur, den Standpunkt der absoluten Befürworter privaten Kapitaleinsatzes etwas zu relativieren. Dieser „Pragmatismus“ kommt auch in der grundsätzlich optimistischen Beurteilung des bisher Erreichten zum Ausdruck. Offenbar schien diese Haltung den Verfassern erforderlich, um die Geberländer nicht zu entmutigen, sondern zu neuen, größeren Taten anzuspornen.

Der optimistischen Betrachtung fügen sich allerdings manche *skeptische Nebentöne* an, die, würde man sie für sich nehmen, ein alarmierendes Bild der Gesamtsituation ergäben. Der Bericht spricht davon (S. 77), daß das

Gleichgewicht zwischen sozialen und politischen Zielsetzungen und dem Wirtschaftswachstum stets schwer zu wahren sei. Die stete Entwicklung einer gesunden Gemeinschaft könne nicht erwartet werden, wenn nicht energisch eine gerechtere Einkommensverteilung in den Entwicklungsländern angestrebt würde. Vielfach seien Verwaltungsreformen erforderlich, um die Regierungsapparate gegenüber den Bedürfnissen des Volkes reaktionsfähiger und für die Durchführung bestehender Entwicklungspläne schlagkräftiger zu machen. Übermäßige Machtkonzentrationen müßten verhindert werden. Solche Veränderungen seien schwer herbeizuführen und erforderten heikle politische Entscheidungen. Wer sich der Sache der wirtschaftlichen Entwicklung verschreibe, müßte eigentlich willens sein, solche Entscheidungen zu treffen.

Der Bericht verweist auf die düsteren Schatten, die das *enorme Anwachsen der Bevölkerung* auf die Aussichten der internationalen Entwicklung werfe (S. 78). Er betont die erschreckende Größe des Problems der Arbeitslosigkeit (S. 82). Zwar könne man hoffen (S. 87), daß das Problem des Hungers in seiner akutesten Auswirkung durch die „grüne Revolution“, d. h. die Entwicklung neuer Landwirtschaftstechniken, zunächst gebannt sei. Es bleibe aber die Tatsache bestehen, daß es über 500 Millionen Kinder unter 15 Jahren in Ländern mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 100 US-\$ gäbe, daß ein Großteil dieser Kinder falsch oder schlecht ernährt werde und daß daraus irreparable Schädigungen für die körperliche und geistige Entwicklung dieser Kinder resultieren müßten. Es wird auf die *Schwierigkeiten im Bereich der Forschung und des Bildungswesens* hingewiesen und auf die Probleme der Industrialisierung und der internationalen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Entwicklungsländer. Man wird also nicht sagen können, daß der Pearson-Bericht die Schwierigkeiten nicht sieht. Er ist insgesamt ein erfreuliches Zeichen für den Bewußtseinswandel, der darin besteht, daß nämlich Wirtschaftswachstum und wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr als ein autonomer Prozeß gesehen werden, sondern ihre vielfältige Interdependenz mit den sozialen und politischen Problemen besser erkannt wird.

#### *Auf das Ökonomische beschränkt*

Trotzdem beschränken sich die Empfehlungen des Pearson-Berichte fast ausschließlich auf den wirtschaftlichen Bereich. Dafür bringt er die Begründung, daß die Lösung der sozialen politischen Probleme in der politischen Entscheidungsgewalt der Entwicklungsländer selbst läge. Der Bericht gibt lediglich Empfehlungen, die die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen wirkungsvoller gestalten können (S. 105).

Man geht also davon aus, daß *die eigentlich wichtigen Entscheidungen über den politischen und sozialen Prozeß der Entwicklung in den Entwicklungsländern selbst getroffen werden müßten*. Richtige Entscheidungen dort sind die Voraussetzungen dafür, daß das nach den Vorstellungen des Berichts zu verbessernde internationale Kooperationssystem die erwartenden Erfolge habe. Die wesentlichsten Bedenken, die heute gegenüber der Situation in den Entwicklungsländern geäußert werden, daß nämlich die sozialen und politischen Prozesse in ihrer Komplexität kaum erkannt und noch weniger gemeistert werden, klammert der Bericht für seinen Empfehlungsteil aus. So klingt dann der bezüglich der zukünftigen Ent-

wicklung zur Schau getragene Optimismus ganz plausibel. Die Berichterstatter hofften, daß bei Annahme ihrer Empfehlungen ein *Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer von 6%* des Bruttosozialproduktes jährlich erreicht werden könne. Damit werde bis zum Ende dieses Jahrhunderts das Ziel der internationalen Entwicklungsarbeit erreicht, die Entwicklungsländer in eine Lage zu versetzen, wo sie ihre Hoffnungen und wirtschaftlichen Fortschritte auch ohne ausländische Hilfe verwirklichen könnten (S. 30). Die Erfahrungen der vergangenen zwei Jahrzehnte berechtigten zu der Annahme, daß die Entwicklungsländer bis zum Ende dieses Jahrhunderts das Stadium sich selbst tragenden Wirtschaftswachstums erreichten. Eine kühne, in beschwörendem Tone vorgetragene Prognose, die wohl die Verfasser des Berichts für notwendig hielten, um die Verantwortlichen der Regierungen und internationalen Organisationen zu bewegen, energische Anstrengungen auf eine Verbesserung und Ausweitung des internationalen Systems zu unternehmen.

Trotz der Skepsis, die man gegenüber dem den Bericht tragenden Optimismus haben kann, wird man die Bedeutung der in ihm ausgesprochenen Empfehlungen nicht gering schätzen. Wenn auch wahrscheinlich die versprochenen Wirkungen nicht eintreten und die sozialen und politischen Probleme der Entwicklungsländer quantitativ und qualitativ zunehmen werden, wäre es unverantwortlich, die Chancen, die der Pearson-Bericht zur Verbesserung des internationalen Systems bietet, nicht aufzugreifen. Seine *Empfehlungen* haben deshalb Gewicht, weil die Kommission mit Politikern, Wissenschaftlern und Wirtschaftlern von großem internationalem Ansehen besetzt war. Es kann auch nicht bestritten werden, daß die Verwirklichung der Empfehlungen einen wichtigen Schritt weiter, wenn auch nicht auf dem Weg zur Lösung, so doch zur Linderung der schwerwiegenden Probleme der Entwicklungsländer darstellt. Aus der Zahl der insgesamt 68 ausgesprochenen Empfehlungen sollen hier einige besonders wichtige erwähnt werden. Der Bericht legt deutlich Gewicht auf die Verbesserung der internationalen Handelspolitik, weil ein Teil des Bedarfs der Entwicklungshilfe sich aus den Unzulänglichkeiten dieses Systems ergebe. Dabei wird jedoch betont, *daß Handel kein Ersatz der Hilfe sein könne*. Die Vorschläge zu diesem Bereich bewegen sich allerdings im herkömmlichen Rahmen und sind nicht besonders konkret. Es wird gefordert, die Verbrauchs- und Zollabgaben auf nicht konkurrierende Produkte, die von besonderem Interesse für die Entwicklungsländer seien, abzuschaffen. Es werden Ergänzungsfinanzierungen für Exporterlösausfälle, Pufferlager und Warenabkommen erwähnt, es wird ein allgemeines Präferenzschema für die in den Entwicklungsländern hergestellten Fertig- und Halbfertigfabrikate unterstützt und die Förderung regionaler Entwicklungsbanken vorgeschlagen. Immerhin, der Bericht trägt mit großem Ernst einen neuen Appell an die Industrieländer vor, sobald wie möglich in diesen wichtigen Bereich den vielen Reden endlich Taten folgen zu lassen.

### *Was ist Entwicklungshilfe?*

Konkreter sind die Vorschläge zur *Erhöhung der Entwicklungshilfe*. Hier wird die alte Forderung, daß jedes Industrieland seinen Mitteltransfer an die Entwicklungsländer auf ein Minimum von 1% seines Bruttosozial-

produktes steigern solle, erneut unterstrichen. Gleichzeitig wird jedoch verlangt, daß in Zukunft 70% dieses Minimalbetrages, d. h. 0,7% des Bruttosozialproduktes, auf offizielle Entwicklungshilfe entfallen sollten. In diesem Zusammenhang bringt der Bericht wichtige Kriterien für eine Beurteilung dessen, was *wirklich* unter Entwicklungshilfe verstanden werden kann. Der Zustrom von Privatkapital und staatlichen Krediten unter kommerziellen Konditionen habe, wenn er ein Entwicklungsland betreffe, ebensowenig Hilfscharakter, wie wenn er sich zwischen Industrieländern vollziehe (S. 171). Aber auch die Höhe offizieller Kredite könne nicht unbesehen mit dem Gesamtbetrag der Entwicklungshilfe gleichgesetzt werden. Der Bericht schlägt vor, zur Messung des Hilfscharakters von Entwicklungskrediten *die Kategorie des „Zuschußelements“* einzuführen, d. h. der Differenz zwischen dem Marktpreis und dem abgezinsten Gegenwartswert des Schuldendienstes. Es wird weiter beanstandet, daß Lieferbedingungen den wirklichen Wert von Entwicklungsleistungen erheblich reduzieren könnten. Mit diesen kritischen Bemerkungen trifft der Bericht zwar nicht alle Probleme der internationalen Entwicklungshilfestatistik, er greift jedoch wenigstens einige der gravierendsten heraus. Die Bereinigung der Verfälschungen würde eine außerordentliche Vergrößerung der effektiven Zuwendungen an die Entwicklungsländer bedeuten, allerdings würde dies für die Industrieländer — übrigens auch für die Bundesrepublik, die ihren günstigen Stand nur durch den hohen Anteil von Privatinvestitionen erreicht hat — erhebliche Opfer und Anstrengungen bedeuten. Die Frage, ob es sinnvoll ist, *Entwicklungshilfe in Form von Krediten* zu geben, die angesichts des heutigen Schuldenstands der Entwicklungsländer wahrscheinlich kaum je zurückgezahlt werden können, wird nicht grundsätzlich gestellt. Immerhin plädiert die Kommission dafür, das jetzige System zu reformieren und dafür Sorge zu tragen, daß die Höhe und die Bedingungen der Kredite so gestaltet werden, daß wenigstens eine gewisse Aussicht auf Rückzahlung und Verzinsung besteht. Die Gewährung von *Tilgungserleichterungen* solle als eine gültige Form der Hilfeleistung betrachtet werden. In den Ausführungen zu dessen Empfehlungen wird sogar darauf hingewiesen, daß es sinnvoll sein könnte, einen großen Teil der weiteren Entwicklungshilfe von nun an in Form von Tilgungserleichterungen zu gewähren. Das würde darauf hinauslaufen, daß die Entwicklungsländer das sonst für den Schuldendienst und die Amortisation aufzuwendende Kapital frei verfügbar, d. h. also auch nicht mehr gebunden an neue Verhandlungen und Auflagen, zur Verfügung haben würden. Darum wird auch das Beispiel Großbritanniens zur Nachahmung empfohlen, das bereits 90% seiner Hilfeleistungen in zinsfreien Darlehen und Krediten gewährt. Auf diese Weise würde die Bindung an abträglichen Bedingungen, wie etwa an die starre Durchführung detaillierter Projekte und an den Bezug der Ausrüstungen aus dem Geberland (sog. Lieferbindungen), an Bedeutung verlieren. Der Bericht schlägt darüber hinaus noch zusätzlich die *Umstellung von der Projekt- auf Programmhilfe* vor.

Ein weiterer Schwerpunkt des Pearson-Berichts ist die Forderung nach einer stärkeren *Internationalisierung der Hilfe*. Damit entspricht er nicht nur den Wünschen der Entwicklungsländer und des UN-Systems, sondern richtet sich nach den bisherigen Erfahrungen. Zwar halten die meisten Geberländer immer noch weitgehend an der bila-

teralen Hilfe aus den bekannten Gründen fest. Da Entwicklungshilfe aber, soll sie wirksam sein, Leistungssteigerung bedeutet (S. 260), stellt sie auch immer eine Intervention in die inneren Angelegenheiten der Empfängerländer dar und bleibt als bilaterale Hilfe politisch immer problematisch. Durch *fehlende Koordination* zwischen den Geberländern gehen wertvolle Kräfte verloren, und schließlich handelt es sich bei vielen Hilfsmaßnahmen um Probleme weltweiten Maßstabes, deren Bewältigung nur mit der Erfahrung und der Spezialisierung der großen internationalen Organisationen möglich ist. Aus diesem Grund schlägt der Bericht vor, daß die Geberländer in Zukunft mindestens 20% ihrer öffentlichen Hilfeleistungen an Programme multilateraler Entwicklungshilfe geben sollten.

### *Verschiedene Akzente*

Es bestehen allerdings *schwerwiegende Zweifel*, ob der Apparat der internationalen Organisationen für diese Aufgaben geeignet ist. Dies ist zumindest ein Argument der Verteidiger bilateraler Hilfe. In der *Jackson-Studie* wird diesen Fragen nachgegangen. Sie merkt an, daß im UN-System heute Entwicklungshilfe von einem Apparat gemacht werden muß, der nicht dafür geschaffen wurde. Zudem sei er wegen der Zurückhaltung der Geberländer mit finanziellen Beiträgen zu klein. Das größte Problem sei jedoch die unübersichtliche Struktur und mangelnde Koordination der verschiedenen Sonderorganisationen der UN. Selbst wenn man einräumt, daß viele Entwicklungsprobleme sehr spezielle Fachkenntnisse verlangen, muß man darauf bestehen, daß Entwicklung ein integrierter Prozeß ist. Dies muß seinen Niederschlag auch im Organisationsschema finden. Jackson stellt daher fest, daß es hier am dringendsten sei, das Gesamtsystem zu verbessern. Die Konzeption, Struktur und Durchführung der technischen Hilfe habe sich innerhalb der UN-Organisationen in den letzten Jahren nur wenig gewandelt, man habe wenig Rücksicht auf die Differenzierungen und die wirklichen Bedürfnisse im Entwicklungsprozeß genommen. Oft reflektierten die Programme auch mehr die Bedürfnisse der entsprechenden Sonderorganisation als die der Empfängerländer. Das jetzige Verfahren sei auch sehr langsam, weil man auf zentralisierte Entscheidungen in den Hauptquartieren und wechselseitige Abstimmung der Sonderorganisationen nicht verzichten wolle, ohne damit das Ziel einer integrierten und koordinierten Planung und Durchführung auch nur annähernd zu erreichen.

Die Jackson-Studie schlägt daher umfassende Verbesserungen der finanziellen Ausstattung und der organisatorischen Struktur des UN-Entwicklungssystems vor. Besonders dringlich sei eine Abstimmung und Koordination zwischen dem *United Nations Development Program (UNDP)* und der *Weltbank*, es müsse geklärt werden, wer die Länderplanung vornehme und ob die Kompetenz für Voruntersuchungen und technische Hilfe bei UNDP verbleibe. Ferner sollten die Repräsentanten von UNDP als integrierte Außenvertretung des gesamten Systems fungieren und bei UNDP ein zentraler Brain-Trust eingerichtet werden. Das würde UNDP zur Leitorganisation auch gegenüber den bisher sehr selbständigen Sonderorganisationen FAO, ILO, WHO und UNESCO machen.

Die Jackson-Studie hat sich mit diesen Vorschlägen in eine Kontroverse sowohl mit der Weltbank als auch mit den großen Sonderorganisationen begeben. Dabei spielen na-

türlich auch politische Interessen hinein; so ist in der Weltbank der Einfluß der großen Geberländer viel größer als in UNDP. Es besteht jedoch die Gefahr, daß es über diese Auseinandersetzungen zu keiner der Aufgabenstellung adäquaten Lösung kommt und damit das UN-System einen großen Teil seiner Möglichkeiten vergeblich.

Die *Voraussetzungen*, daß die Prognosen des Pearson-Berichtes oder die Planziele der Tinbergen-Studie, die im wesentlichen in derselben Linie liegen, in Erfüllung gehen, sind nicht allzu günstig. Dagegen spricht die ungenügende Struktur der UN, die Zurückhaltung der Regierungen der Geberländer und die ungelösten Probleme des sozio-politischen Prozesses, der von den Berichten weitgehend *ausgeklammert* wird. Der Haupteinwand gegen die vorgetragene Entwicklungsstrategie ist, daß sie *keine* Strategie ist, weil sie zwar eine Fülle guter Einzelempfehlungen ausspricht, aber andererseits wesentliche Bereiche ausläßt und nicht realistisch genug, sondern viel zu optimistisch ist.

Der Tenor dieser Kritik trifft allerdings nicht auf den *Provisional Indicative World Plan for Agricultural Development (IWP)* der FAO zu. Sein Entstehen reicht in die Mitte des vergangenen Jahrzehnts zurück, als offenkundig wurde, daß für die Zielsetzung der FAO entscheidende Unterlagen fehlten und daß die anstehenden Probleme nur im Rahmen einer globalen Planung in den Griff bekommen werden könnten. Der IWP ist darum ein technokratisches Dokument, das in strenger Logik aus klar gekennzeichneten Prämissen eindeutige Schlußfolgerungen abzuleiten versucht. Gerade darum können im IWP Aussagen gemacht werden, die sehr weitreichende Konsequenzen andeuten. Die wichtigste davon ist, daß zwar unter großen Anstrengungen erreicht werden könne, die Ernährung der Menschheit auch im nächsten Jahrzehnt sicherzustellen, daß aber die sozialen Probleme, insbesondere das der Arbeitslosigkeit sich der Lösung dann entziehen werde, wenn es nicht gelänge, das Wachstum wesentlich über die vom Pearson-Bericht angesprochene magische 6-0/0-Marke hinaus zu steigern. Der IWP weist an verschiedenen Stellen mit Nachdruck darauf hin, daß die *Gefahr der sozialen Desorganisation* die größte sei, weil man nicht absehen könne, wie sich diese Prozesse entwickeln und wie sie die makroökonomischen Planungsüberlegungen im Weltmaßstab beeinflussen würden.

### *Schwierige Ausgangslage*

Tatsächlich ist die *Ausgangslage* zu Beginn der zweiten Entwicklungsdekade außerordentlich ernst. Darauf hat bereits vor einem Jahr der Präsident der Weltbank *R. McNamara* in einer beachtenswerten Rede vor dem Gouverneursrat der Weltbank (am 29. 9. 1969, Deutsche Übersetzung, Weltbank Washington, D. C., 1969) mit Nachdruck hingewiesen; darin sind sich auch die Stellungen aus dem kirchlichen Bereich einig. Die Bedingungen für einen friedlichen Fortschritt der Entwicklung der meisten Länder der Dritten Welt sind zum Teil schwierig zu erfüllen, zum Teil im einzelnen noch unbekannt. Zum Optimismus besteht kaum Anlaß. Gerade auch im Pearson-Bericht sind die Brüche zwischen Tatsachenfeststellung, Bewertung und Empfehlung zu offenkundig. Die optimistische Lagebeurteilung beruht auf dem Glauben an die unbegrenzte Verbesserungsfähigkeit des derzeitigen Systems weltweiter Zusammenarbeit und Wirtschaftsentwicklung (S. 43). Indessen gibt es eine Reihe von Ent-

wicklungen, die daran zweifeln lassen, daß der auf Wirtschaftswachstum angelegte Entwicklungsbegriff des Pearson-Berichtes und der anderen Studien allgemeine Gültigkeit beanspruchen kann. Auf der Konferenz in Montreux sagte hierzu der indische Professor *S. L. Parmar*: „... be-  
gingen wir Selbstmord, wenn wir das Wirtschaftswachstum zum alleinigen Maßstab des Fortschritts erhöhen... Wir müssen aus diesem Grunde einen Entwicklungsbegriff erarbeiten, den uns auch bei relativer Armut Gleichheit und Würde nicht vergessen läßt (Konferenzprotokoll S. 21).

Für die nächste Dekade stehen, wie auch Weltbankpräsident McNamara (in der bereits zitierten Ansprache am 29. 9. 69) nochmals hervorhob, folgende Probleme voran:

*Die Arbeitslosigkeit* wird in den Entwicklungsländern in außergewöhnlichem Maße zunehmen. Obwohl viele Tatsachen auf die erschreckende Größe des Problems hinweisen, gibt es darüber kaum Datenmaterial (Pearson-Bericht S. 82), die ILO (International Labor Office — Internationales Arbeitsamt, Genf) ist eben erst dabei, entsprechende Untersuchungen anzustellen. Die Ursachen liegen in der Bevölkerungsexplosion, in der Landflucht, in der ungenügenden Zahl neuer industrieller Arbeitsplätze und in einer verfehlten Sozialpolitik, die Anreize für kapital- und nicht für arbeitsintensive Industrien bot. Es wird geschätzt, daß 20% der männlichen Bevölkerung in den Entwicklungsländern derzeit arbeitslos sind (McNamara, S. 17). In den nächsten Jahren werden die Zahlen deshalb noch mehr ansteigen, weil sich jetzt erst die Bevölkerungsexplosion der fünfziger und sechziger Jahre auszuwirken beginnt. Es bleibt festzuhalten, daß eine wirksamere Bevölkerungspolitik also dieses Problem in den nächsten Jahren kaum tangiert. Der Vorschlag, durch Intensivierung in der Landwirtschaft und mit dieser verbundenen Gewerbebetrieben die Arbeitslosigkeit zu verringern, ist nur zum Teil realisierbar. Der IWP weist nach, daß hier die Möglichkeiten begrenzt sind und daß es allenfalls gelingen kann, bei einer Abwanderung von jährlich ca. 4% die Arbeitslosigkeit der auf dem Lande verbleibenden Menschen zu verringern. Die Frage, wie hoch die Zuwachsrate genau sein müßte, um eine Eingliederung auch nur der Zugänge zum Arbeitsmarkt sicherzustellen, ist umstritten. Sicher ist eine Zuwachsrate von mindestens 6% des BSP jährlich erforderlich, von vielen wird dies zu gering gehalten. „Niemand wird behaupten, daß das Problem der Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahrzehnts aus der Welt geschafft sein wird. Wenn wir die aus der Verzweiflung des Menschen geborene Gewalttätigkeit verhüten wollen, so dürfen wir das Jahrzehnt nicht mit unwirksamen und zaghaften Maßnahmen vertrödeln“ (McNamara, S. 20).

Die *Kehrseite der Arbeitslosigkeit* ist die zunehmende *Verstädterung* der Entwicklungsländer. „Man muß sich fragen, ob die Entwicklungstendenzen in den Städten wirklich sich selbst überlassen bleiben sollten, sozusagen als Nebenprodukt der andern die Gesellschaft verändernden Kräfte (Pearson-Bericht S. 85). Die Antwort bleibt die Kommission schuldig. Heute nehmen die größeren Städte innerhalb von 10 Jahren jeweils um das Doppelte zu, d. h. ums Jahr 2000 werden fünfmal soviel Menschen in den Großstädten der Entwicklungsländer wohnen wie heute. Was dies an Kosten für Infrastruktur und Sozialprobleme bedeutet, ist völlig ungeklärt. „Unser Wissen darüber, wie dieses ganze Problem der Verstädterung am besten anzu-

gehen ist, steckt nach wie vor in den Anfängen“ (McNamara, S. 22).

Die noch vor einigen Jahren heftig umstrittene Alternative „Ausbau der Landwirtschaft“ oder „Industrialisierung“ wird heute nicht mehr diskutiert, beide Bereiche sollen gleichmäßig gefördert werden. Die Landwirtschaft bietet nicht genügend Möglichkeiten für die wachsende Bevölkerung, wenngleich sie, will man die Probleme nicht verschärfen, nicht vernachlässigt werden darf.

Man hat trotz einer gewissen Benachteiligung der Landwirtschaft dort größere Erfolge erzielt als bei der Industrialisierung. Vor allem die verarbeitende Industrie stößt in vielen Ländern auf große Startschwierigkeiten, arbeitet unwirtschaftlich und kann sich nur durch protektionistische Maßnahmen behaupten. Die Planung ist oft wenig durchdacht.

### *Ruf nach neuer Forschung*

Besonders notwendig ist die Erforschung *adäquater Technologien* für die Produktion der Entwicklungsländer. Die Industrieländer haben bisher kaum versucht, ihren Forschungsapparat für die Lösung der spezifischen Probleme der Entwicklungsländer einzusetzen, sondern eine auf ihre Verhältnisse zugeschnittene Technologie und Wissenschaft exportiert. Außer einigen Ansätzen gab es bisher keine koordinierte Entwicklungsforschung; jetzt erst soll ein internationales kanadisches Zentrum mit der Arbeit beginnen. Einer der wichtigsten Vorschläge des nordamerikanischen Peterson-Reports ist die Gründung eines *US-International Development Institute*, das sich mit entwicklungsländerspezifischer angewandter Forschung, mit Programmen der Bevölkerungspolitik, mit der Sozialentwicklung und Ausbildungsfragen befassen soll, also in Bereichen, die die größten Lücken zeigen.

So steht am Ende der umfangreichen Bestandsaufnahme zur Entwicklungshilfe der Ruf nach *neuer Forschung*. Der Pearson-Bericht stellt dazu fest, daß es vor allem einer umfassenden Koordination und Programmierung der Forschung bedürfe (S. 247), daß man endlich weg von der Einzelforschung und auch von der Nachahmung des in den Industrieländern Bewährten kommen müsse. Besonderer Nachdruck soll auf Entwicklung neuer Technologien, Nahrungsmittelversorgung und tropischen Ackerbau, Erziehung und Unterricht, Wohnungsbau und Stadtplanung wie den gesamten Bereich der Sozialwissenschaften, wo die Forschung bisher besonders dünn sei, gelegt werden. Unter den Forschungsthemen findet sich auch die Bevölkerungspolitik. Ihre Betonung ist in der Gesamtdiskussion etwas zurückgetreten, weil die Probleme der nächsten Dekade zu sehr im Vordergrund stehen. Ein Bremsen des Bevölkerungswachstums könnte sich erst langfristig bemerkbar machen. Auch haben sich inzwischen gewisse Zweifel an der Durchführbarkeit und Finanzierungsmöglichkeit für bevölkerungspolitische Programme ergeben (vgl. *T. K. Ruprecht* und *C. Wahren*, *The Development Centre Report on Population*, OECD, Paris 1970). Angesichts der Fülle und Schwere der Probleme hat der *unbegründete Optimismus*, das Ausklammern wichtigster Fragen und die Ratlosigkeit vor zentralen Problemen, die sich im Ruf nach weiterer Forschung artikulierten, gerade auch engagierte Kreise in den Industrieländern und Entwicklungsländern *nicht überzeugt*. Die lautereren Absichten der Studien werden nicht bestritten, auch nicht, daß die Annahme der Empfehlun-

gen zu einer Verbesserung der Situation führen könne. Eine intensive Kritik der Studien beschwört jedoch gerade die Frage herauf, ob denn der Weg, den die Industrieländer gegenüber dem Entwicklungsproblem einschlagen und den sich auch — etwas unreflektiert — die Studien zu eigen machen, wirklich der richtige sei. Der *Entwicklungsbegriff*, den die Studien vertreten, besteht im wesentlichen in der Übernahme des technisch-industriellen Fortschritts und der neoklassischen Wirtschaftsstruktur. S. L. Parmar hat mit seinem Referat auf der Konferenz von Montreux diese Frage in einer glänzenden Weise neu formuliert. Seine Ausführungen wurden zum Mittelpunkt der Konferenz, wengleich er damit offenbar unter den Teilnehmern eine gewisse Verwirrung gestiftet hat. Es steht aber außer Frage, daß angesichts der Aporien, die der neoklassische Entwicklungsbegriff enthält, die Parmarsche Fragestellung, die der von *I. Illich* (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 60) verwandt ist, nicht mehr aus der Diskussion verschwinden wird. Parmar führte aus, daß er zwar das Kriterium des wirtschaftlichen Wachstums wegen der Massenarmut und der steigenden Erwartungen der Bevölkerung für unentbehrlich halte, daß es aber trotzdem nicht das wichtigste Ziel der Entwicklung sein könne. Das Wirtschaftswachstum löse nicht die sozialen und politischen Probleme. Die zunehmende politische Instabilität der Entwicklungsländer müsse zu denken geben. Sie resultiere aus der Frustration wegen einer ihrer Meinung nach falschen, weil ausschließlich am Wirtschaftswachstum und materiellen Verbesserungen orientierten Entwicklungsbegriffs.

#### *Ist der Abstand unüberbrückbar?*

Demgegenüber müsse man die Tatsache akzeptieren, daß die Entwicklungsländer den Lebensstandard und den Reichtum der Industrieländer *niemals* erreichen könnten. Der Abstand bleibe bestehen. Es gelte, ein Entwicklungsziel aufzustellen, das auch bei relativer Armut Gleichheit und Würde des Menschen nicht vergessen lasse. Dazu gehöre die Forschung nach sozialer Gerechtigkeit. Sie bestehe in einer Chancengleichheit, in menschenwürdigen Verhältnissen für alle und in der Verlagerung der Macht von den wenigen auf die vielen. Nur mit dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit ließen sich sozialer Frieden und politische Stabilität erreichen und schwere Störungen des Wirtschaftsprozesses vermeiden.

Das wichtigste Desiderat sei jedoch die *gerechte Verteilung des Sozialprodukts*. Es sei nicht möglich, damit so lange zu warten, bis ein ausreichendes und autonomes wirtschaftliches Wachstum erreicht sei. Das hieße das Problem auf unabsehbare Zeit verschieben. Auch das Argument, Armut lasse sich nicht verteilen, sei falsch. Es gäbe auch in armen Ländern einen relativen Reichtum, der sich gerechter als bisher verteilen lasse, und es gäbe sogar in zunehmendem Maße dort Oasen der Überflüsse inmitten einer unverminderten Not. Die Ungleichheit in den Entwicklungsländern habe in den letzten Jahren zugenommen. Es gehe darum, eine radikale Umverteilung vorzunehmen; es sei nicht möglich, die soziale Ungleichheit und damit den Klassenkonflikt zu verewigen. Das aber drohe bei Fortdauer der bestehenden Strukturen. Dazu komme noch das Ärgernis, daß die privilegierten Schichten in den Entwicklungsländern, d. h. die Ober- und Mittelschicht einen aufwendigen Konsum entwickelten, der die Hilfsquellen der Volkswirtschaften vergeude und ein schlechtes Beispiel für

die armen Bevölkerungsschichten biete. Relative Armut und Bescheidenheit ist demnach das Konzept Parmars. Der Investitionsbedarf der Entwicklungsländer könne dann allerdings nicht mehr von den begüterten Schichten privat aufgebracht werden. Deren Möglichkeiten reichten ohnehin nicht aus. Die Entwicklungsländer müßten ihren Investitionsbedarf durch vom Staat erzwungenes öffentliches Sparen aufbringen.

Es sei auch nicht richtig, *unbesehen* alle technischen Errungenschaften der Industrieländer auf die Entwicklungsländer zu übertragen. Die Übernahme ausländischer Technik sei nur dann fruchtbar, wenn dem Prozeß der Nachahmung und Anpassung, schöpferische Neuerungen folgten. Das gerade aber sei bisher im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit nicht erreicht worden. Das Konzept, das Parmar in Montreux vortrug, ist in mancher Hinsicht unfertig. Aber es scheint einer alten Forderung zu entsprechen, die der Generalsekretär des Weltrats der Kirchen, *E. C. Blake*, in Montreux erneut am Beginn der Konferenz erhob, die Geber müßten aufhören, durch den Prozeß der Entwicklungshilfe den Entwicklungsländern ihr Denken, ihre Methodologie, ihre Wertvorstellungen und ihre Normen aufzudrängen.

#### *Änderung der Weltmachtstruktur*

In der gleichen Richtung formulierte das Colloquium von SODEPAX in Cartigny seine Kritik, nach einer sehr detaillierten Diskussion der UN-Studien zur zweiten Entwicklungsdekade. Man müsse zwar da die guten Absichten anerkennen, aber der Ausgangspunkt der Studien sei falsch. Es geht darum, eine Konzeption der Entwicklung zu formulieren, die der christlichen Idee vom Menschen entspreche. *Es gilt nicht danach zu suchen, wie es der Pearson-Bericht vor allem tue, was die Reichen erübrigen könnten, sondern was die Armen brauchten.* Die Frage laute: Welche sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen müßten erfüllt werden, um eine sozio-ökonomische Struktur zu gewährleisten, die der Würde aller Menschen, auch der Ärmsten, entspreche. Aus diesem Grunde schien dem SODEPAX-Colloquium die Reform der bestehenden Strukturen genau so dringlich, wie die Steigerung der Entwicklungshilfe. Reformen des politischen und administrativen Apparates, Agrarreform, Einkommensverteilung, berufliche und soziale Verantwortungsbereitschaft und bessere Teilhabe aller Volksschichten am politischen Entscheidungsprozeß werden in diesem Zusammenhang erwähnt. Die vom Kolloquium formulierten Besorgnisse galten allerdings nicht so sehr nur der Verbesserung nationaler Strukturen, sondern auch der *Übertragung des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit auf die Beziehungen der Völker untereinander*. Die Forderung der gleichberechtigten Partnerschaft werde zwar oft erhoben, sie sei aber weder in den Beziehungen der Industrieländer zu den Entwicklungsländern noch, was noch bedenklicher sei, in den Beziehungen zwischen UN-System und Empfängerländern annähernd verwirklicht.

Zusammen mit der Praxis einer wirklichen Partnerschaft müsse man die Änderung der *Weltmachtstruktur* ins Auge fassen. In vielen Bereichen sei der nationalstaatliche Gedanke überholt, man müsse daher zu regionalen Strukturen kommen und auf Weltebene zu einer größeren Kompetenz und höheren Effektivität des UN-Systems. Einen entschiedenen Appell richtete das Kolloquium sodann ge-

gen die internationale Militärhilfe, die die der internationalen Entwicklung abträglichste Erscheinung sei. Trotz der umfassenden Bestandsaufnahme, die die besprochenen Studien darbieten, bleiben die grundlegenden Probleme der Entwicklungshilfe also weiter in der Diskussion. Wenn auch z. Zt. in der Öffentlichkeit der Industrieländer und bei den verantwortlichen Regierungen die Priorität, die dieser Aufgabe zukommt, immer noch nicht

erkannt wird, so wird die weitere Akzentuierung der sozio-ökonomischen und politischen Krisensituation der Entwicklungsländer diese immer mehr damit konfrontieren. Die Kirchen sind auf dem richtigen Weg, wenn sie sich dieser Thematik vordringlich annehmen und in den von ihnen eingesetzten Gremien über die Kritik hinaus vor allem einen Beitrag zur *grundsätzlichen* Neuorientierung der internationalen Strukturen zu leisten versuchen.

## Zur zeitgeschichtlichen Rolle der Soziologie (I)

*In Varna (Bulgarien) fand vom 14. bis 19. September der siebte Weltkongreß für Soziologie statt. Dieser von Soziologen aller Länder und aller Richtungen besuchte Kongreß tagte unter dem Leitthema „Gegenwärtige und zukünftige Gesellschaften“. Den Kern der Thematik bildete die Frage, welches die Funktion der Soziologie in der Gesellschaft sei und wie Soziologie auf den Aufbau künftiger Gesellschaften unter den Voraussetzungen wissenschaftlicher Planung bestimmend einwirken könne. Der Kongreß, von der Tages- und Wochenpresse nicht übermäßig beachtet, hatte trotz der einseitigen Beeinflussungsversuche von bulgarischer und sowjetischer Seite eine nicht nur theoretische, sondern auch eine unleugbare sozialpraktische Bedeutung, insofern er Gelegenheit bot, den projektiven, d. h. gesellschaftsverändernden Einfluß soziologischer Aussagen zu prüfen und daran das Selbstverständnis der eigenen Wissenschaft zu verifizieren. Da soziologische Denkweisen in den letzten Jahren über den engen Bereich der Kirchen- und Religionssoziologie hinaus auch vermehrt im theologisch-kirchlichen Gespräch Anwendung findet, halten wir die Diskussionen in Varna gerade für unsere Leser von besonderem Interesse. Da jedoch in gesellschaftspolitischen und kirchenbezogenen Diskussionen höchst unzulängliche Vorstellungen über die gesellschaftliche Rolle der Soziologie kursieren, halten wir es für richtig, zunächst einen Erfahrungsbericht in die zeitgeschichtliche Rolle der Soziologie zu geben, der im nächsten Heft unter Einbeziehung der Ergebnisse von Varna fortgesetzt wird.*

Die gegenwärtige Gesellschaft hat viele Namen. Sie heißt beispielsweise industrielle, komplexe, differenzierte und pluralistische Gesellschaft, spätkapitalistische, Mittelstands- und mobile Gesellschaft, bürokratische, verwaltete und geplante, säkularisierte, vaterlose, Massen-, Freizeit- und Konsumgesellschaft. Diese auf den ersten Blick verwirrend erscheinende Vielfalt der Bezeichnungen kommt nicht von ungefähr. Kennzeichnend für Struktur und Kultur der modernen Gesellschaft ist nämlich eine Fülle bemerkenswert neuartiger Vorgänge und Zustände, die sich allesamt nicht leicht zu einem einheitlichen Bild fügen. Es ist jedenfalls schwierig und auch problematisch, einzelnen dieser — teilweise übrigens auf verschiedenen Betrachtungsebenen angesiedelten — Begriffen eine Vorrangstellung in dem Sinne einzuräumen, als sei das Charakteristikum der modernen Gesellschaft dies und nur dieses. Vor allem in Teilen der Öffentlichkeit gibt es vielfach solche vereinfachenden Sichtweisen, aber sie entsprechen meistens nicht allen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Zwar neigen auch manche Soziologen dazu, einzelne Aspekte überzubetonen und von daher das Gesamt der gegenwärtigen

Gesellschaft zu sehen und zu deuten, aber eine ernsthafte, die zahlreichen Untersuchungsergebnisse und Forschungsansätze berücksichtigende Analyse wird sich vor solchen vorschnellen Interpretationen hüten.

Die Diskussion über diese Fragen ist keineswegs nur für wissenschaftlich ausgebildete Spezialisten interessant. Unverkennbar erscheint zahlreichen Menschen die gegenwärtige gesellschaftliche Wirklichkeit besonders komplex, und zwar vielfach im Sinne von unübersichtlich, unverständlich, unbegreiflich, da und dort sogar sinnlos. Wegen dieser gesellschaftlichen Zustände und wegen der in manchen Bereichen als unsicher erlebten sozialen Beziehungen werden immer mehr Fragen und Erwartungen an Gesellschaftswissenschaftler gerichtet. Diese sind ja darum bemüht, soziale Wirklichkeit auf ihre Weise systematisch zu untersuchen, und sie beanspruchen, im Prinzip oder doch zumindest ansatzweise, zu wissen, wie die soziale Wirklichkeit wirklich ist und warum sie so ist, wie sie ist. In nahezu allen Bereichen der Praxis fragen Praktiker Wissenschaftler: Wie ist die Wirklichkeit beschaffen? Mit welchen Mitteln lassen sich bestimmte Ziele verwirklichen? Welche Ziele lassen sich unter gegebenen Umständen mit welchen Konsequenzen verwirklichen? Welche Tatsachen lassen sich mit welchen Folgen verändern? Welche Zielvorstellungen sind künftig zu erwarten? Verständlich also, daß die moderne Gesellschaft auch *verwissenschaftlichte* Gesellschaft genannt wird. Für diese Bezeichnung gelten zwar ebenfalls die vorhin formulierten Vorbehalte. Die große, weitreichende, menschliches Handeln bis tief in die Gefühls- und Erlebniswelt hinein prägende Bedeutung wissenschaftlicher Erkenntnisse kann aber kaum bestritten werden. Dennoch ist moderne Gesellschaft nicht nur *verwissenschaftlichte* Gesellschaft. Es wird deshalb auch zu prüfen sein, wieweit dieser Begriff trägt — gerade hinsichtlich der Frage nach Möglichkeiten und Grenzen *wissenschaftlicher* Prognose sowie Planung gegenwärtiger und zukünftiger Gesellschaften auf *wissenschaftlicher* Grundlage.

### *Das Mißtrauen erklärt sich aus den Ursprüngen*

Daß Soziologen sich äußern, etwa zum Gebrauch von Waschmitteln, zur Bedeutung von Horoskopen, zu gesellschaftlichen Bedingungen des Todeserlebnisses, zur revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft bis hin sogar zu Voraussagen über und Planung von zukünftigen Gesellschaften, diese breite Skala soziologischer Äußerungen erscheint manchem verdächtig. Solches Mißtrauen gibt es aber schon seit den Anfängen der Soziologie. Auch haben sich Soziologen schon immer mit jeweils gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen Verhältnissen beschäf-